

Rente und Soziales

Verbesserungen bei Rente, Wohngeld und Kinderzuschlag

Die Große Koalition hat auf Ebene des Bundeskabinetts wichtige Weichen zur Verbesserung der Lage von Rentnern und einkommensschwächeren Familien gestellt. Die Renten sollen nunmehr zum 1. Juli um 1,1 Prozent steigen, und damit doppelt so hoch, wie nach dem noch von Rot-Grün beschlossenen Erhöhungsmechanismus. Zudem sollen die Wohngeldleistungen erhöht sowie der Kinderzuschlag verbessert werden. Beide Maßnahmen unterstützen gezielt bedürftige Familien.

Rentnern Teilhabe am Aufschwung sichern

Durch eine befristete Aussetzung des den Rentenanstieg dämpfenden „Riester-Faktors“, der noch von Rot-Grün beschlossen worden war, steigen die Renten nunmehr ab Juli um 1,1 % in 2008 und im nächsten Jahr voraussichtlich um gut 2 %. Dies ist ein wichtiges Signal für die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Die ordnungspolitischen Bedenken gegen den vorübergehenden Eingriff in die Rentenformel sollen nicht verschwiegen werden. Die Union will die Ruheständler jedoch am Aufschwung teilhaben lassen. Und: Mit dem gefundenen Kompromiss bleibt die ökonomisch wichtige Rückführung der Rentenversicherungsbeiträge auf 19,5 % im Jahr 2012 und 19,1 % im Jahr 2013 weiter gesichert.

Leistungsverbesserungen beim Wohngeld

Echte Leistungsverbesserungen hat die unionsgeführte Bundesregierung zudem im Bereich Wohngeld auf den Weg gebracht. Die monatliche Wohngeldleistung wird ab 2009 um durchschnittlich 60 Euro steigen. Die Zahl der möglichen Empfängerhaushalte steigt um ca. 150.000. Die jetzt vom Bundeskabinett beschlossene Reform baut die Hilfen für geringer Verdienende und Senioren mit niedrigeren Renten weiter aus. Vor allem die drastisch gestiegenen Energiekosten und die deutliche allgemeine Preissteige-

rung haben in den letzten Jahren zu einer schleichenden Entwertung der Wohngeldleistungen geführt. Auch dort setzt die Leistungsnotwendigkeit an. Mit der Einführung einer Heizkostenkomponente werden die Energiekosten der Haushalte bei der Ermittlung des Wohngeldanspruches erstmals berücksichtigt. Das Gesamtvolumen der Änderung des Wohngeldrechtes beträgt ca. 520 Millionen Euro, für die der Bund und die Länder jeweils hälftig aufkommen.

Reform des Kinderzuschlags erweitert Schutz vor Absinken in die Sozialhilfe

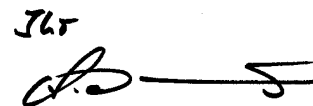
Gezielte Hilfen für Familien mit niedrigeren Einkommen bietet die ebenfalls in dieser Woche vom Bundeskabinett beschlossene Reform des Kinderzuschlags. Dieser Zuschlag wird berufstätigen Eltern gewährt, die zwar genug verdienen, um ihren eigenen Mindestbedarf zu decken, nicht jedoch den ihrer Kinder. Mit der jetzt vorgesehenen Absenkung der Mindesteinkommensgrenze auf 900 Euro für Paalhaushalte und 600 Euro für Alleinerziehende können ab 1. Oktober rund 150.000 Kinder zusätzlich aus der Sozialhilfe geholt werden. Insgesamt profitieren dann 250.000 Kinder von dieser Leistung, für die zusätzlich 260 Mio. Euro aufgewendet werden. Die Veränderungen des Kinderzuschlags helfen, die Stigmatisierung der Betroffenen als Almosenempfänger zu vermeiden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

trotz der weltweiten Auswirkungen der US-Kreditkrise sehen Konjunkturforscher unser Land in guter Verfassung. Die OECD traut Deutschland weiterhin ein robustes Wachstum zu. Nach 2,9 Prozent im letzten Jahr rechnet die OECD für 2008 mit einer Wachstumsrate von 1,8 Prozent. Die Politik wird sich diese Erfolge sicher nicht zur Gänze auf die eigene Fahne schreiben können. Diese positive Entwicklung wäre aber ebenso sicher ohne die konsequente Politik der unionsgeführten Regierungskoalition unter dem Dreiklang „Sanieren, Reformieren, Investieren“ nicht eingetreten. Die Rückführung der Staatsverschuldung und vor allem der Arbeitslosigkeit sind Erfolge, über die viel mehr geredet werden sollte. Wir mussten angesichts der schwierigen finanziellen Ausgangslage zu Beginn unserer Arbeit den Bürgern einiges zumuten. Ich erinnere an die Mehrwertsteuererhöhung. Zugleich stehen den Konsolidierungsbeiträgen der letzten Jahre in Höhe von insgesamt 29,8 Mrd. Euro jedoch Entlastungen und Konjunkturimpulse in Höhe von über 34 Mrd. Euro gegenüber, die den Bürgern und den Betrieben als Erfolgsrendite zurückgegeben wurde. Dickster Brocken in diesem Zusammenhang ist die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 3,3 Prozent mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro.

Wir wollen, dass der Aufschwung bei allen ankommt. Tatsächlich mag man die jetzt auf den Weg gebrachte Rentenerhöhung ordnungspolitisch für kein Glanzstück halten. Die Entscheidung ist aber gut vertretbar. Die Rentnerinnen und Rentner haben in den Jahren von 2004 bis 2006 keine und im Jahr 2007 nur eine geringe Rentenerhöhung erhalten. Vor dem Hintergrund der Preisentwicklung brauchen die Ruheständler jedoch die Gewissheit, dass sie nicht vergessen werden. Deshalb ist die außerordentliche Rentenerhöhung in der Sache richtig.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Dobrindt MdB



Förderung der privaten Altersvorsorge

Eigenheimrentengesetz wichtiger neuer Baustein

Die Integration der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge ist ein wichtiger Baustein für ein geschlossenes Konzept der privaten Altersvorsorge. In den auf Basis des Bundeskabinettsbeschlusses aus dieser Woche nun zu führenden Gesetzesberatungen wird sich die CSU-Landesgruppe für weitere Verbesserungen einsetzen.

Die erreichten Vereinbarungen zwischen den Koalitionsfraktionen werden die Flexibilität und damit die Attraktivität dieser Form der Altersvorsorge weiter stärken. Der Entwurf des neuen Eigenheimrentengesetzes hilft den zukünftigen Bauherren, Eigenkapital für ihr Vorhaben mit staatlicher Förderung anzusparen und flexibel einzusetzen. Angesparte Gelder in staatlich geförderten Vorsorgeverträgen können vollständig und ohne Rückzahlungsverpflichtung für den Hausbau verwendet werden. Zudem werden künftig auch Tilgungszahlungen für neues selbstgenutztes Wohneigentum wie Altersvorsorgeverträge gefördert. Dies ist ein wich-

tiger und positiver Impuls, langfristig die Eigentumsquote in Deutschland zu erhöhen, die verglichen mit anderen Ländern viel zu niedrig ist.



Bei der einmaligen nachgelagerten Besteuerung hat die CSU-Landesgruppe in den Verhandlungen mit

dem Koalitionspartner erreicht, dass es einen Abschlag von 30 Prozent auf die Besteuerung des in der Wohnimmobilie gebundenen steuerlich geförderten Kapitals gibt.

Bei den Neuregelungen im Bereich der Wohnungsbauprämie wird zu prüfen sein, ob ein Verzicht auf die Zweckbindung der Wohnungsbauprämie für jüngere Bausparer unter 25 Jahren noch möglich ist. Damit würde der hohen Akzeptanz des Bausparens bei Jugendlichen und Berufseinsteigern Rechnung getragen, für die es besonders wichtig ist, frühzeitig Kapital für ein späteres Bauvorhaben zu bilden.

Diese Woche

Rente und Soziales

Verbesserungen bei Rente, Wohngeld und Kinderzuschlag S. 1

Förderung der privaten Altersvorsorge

Eigenheimrentengesetz wichtiger neuer Baustein S. 2

Jugendschutzgesetz

Effektiven Jugendmedienschutz sicherstellen S. 2

Dr. Peter Ramsauer in Libanon und Zypern

Ohne Versöhnung zwischen den Volksgruppen keine Zukunftsperspektiven S. 3

Diskussion über Jobcenter und Arbeitsmarktinstrumente

Arbeitsminister sollte Vorschläge der Bundesagentur für Arbeit aufgreifen S. 4

Gesundheitspolitik

Startvoraussetzungen für Gesundheitsfonds müssen erfüllt werden S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Jugendschutzgesetz

Effektiven Jugendmedienschutz sicherstellen

Die in dieser Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag beratenen Änderungen des Jugendschutzes zielen auf verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Nutzung neuer Medien. Nicht erst die tragischen Ereignisse in Emsdetten im November 2006 haben das Thema des wirksamen Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen, insbesondere gewaltbeherrschten Computerspielen, in das öffentliche und politische Interesse gerückt.

Zum wirksamen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gewaltbeherrschten Computerspielen sollen insbesondere zwei Maßnahmen ergriffen werden. Zum einen wird der Katalog der schwer jugendgefährdenden Trägermedien, die kraft Gesetzes indiziert sind, im Hinblick auf Gewaltdarstellungen erweitert. Zum zweiten wird die beispielhafte Aufzählung der im Gesetz genannten Indizierungskriterien für Verbotsentscheidung der Bundesprüfstelle erweitert und präzisiert. Die Aufzählung ist richtungweisend für die Entscheidungen der Bundesprüfstelle. Sie wird deshalb um weitere Kriterien ergänzt, die eine Indizierung von Medien vorsehen, in denen entweder

Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft und detailliert dargestellt werden oder Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung vermeintlicher Gerechtigkeit nahe gelegt wird.

Über diese Maßnahmen hinaus sollen künftig Vorgaben für eine bestimmte Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichen der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle gesetzlich festgeschrieben werden. In den Videotheken und Geschäften muss für jeden weithin erkennbar sein, welche Altersgrenzen für die Nutzung von Computerspielen etc. gelten.

Dr. Peter Ramsauer in Libanon und Zypern

Ohne Versöhnung zwischen den Volksgruppen keine Zukunftsperspektiven

Nach seinem Besuch in Serbien und Albanien setzte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer in der letzten Woche seine außenpolitischen Aktivitäten mit zwei Kurzbesuchen im östlichen Mittelmeer fort. Bei allen Unterschieden zwischen Libanon und Zypern wird die innenpolitische Situation beider Länder von einer Gemeinsamkeit geprägt: regionalpolitische Interessen von einflussreichen Nachbarn sind mitverantwortlich für die festgefahrene Situation im Innern.

Im Libanon wurde die Präsidentenwahl gerade zum 17. Mal vertagt. In seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Siniora, dem ehemaligen Staatspräsidenten Gemayel und weiteren Vertretern von Regierung und Opposition wurde deutlich, dass mit einer baldigen Lösung der Staatskrise nicht zu rechnen ist: „Wenn überhaupt, wird sich realistischerweise ein Ausweg nur finden, wenn vor der Präsidentenwahl eine Paketlösung vereinbart wird, die zugleich die Beteiligung der Oppositionsparteien an der Regierung und eine Reform des Wahlrechts beinhaltet“, meinte Ramsauer nach seinen Gesprächen in Beirut.

Syrien und dahinter Iran verfolgen massive Interessenpolitik, der das kleine Land schutzlos ausgeliefert ist. Fliegende Wechsel der Allianzen von Politikerdynastien und Clans tragen zur Instabilität bei. Die Christen sehen sich wie überall im Nahen und Mittleren Osten mehr und mehr bedroht.

Bei dem ausführlichen Gedankenaustausch mit dem Ministerpräsidenten Siniora konnte Ramsauer auch eine persönliche Botschaft von Bundeskanzlerin Merkel überbringen.

Besonders herzlich war die Begegnung mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Amin Gemayel, der

sich lebhaft an seine vielfachen Begegnungen mit Franz Josef Strauß erinnerte und Ramsauer als dessen Nachfolger im Amt des Landesgruppenvorsitzenden mit einem Essen in seinem Privathaus ehrte.



Dr. Peter Ramsauer mit dem libanesischem Ministerpräsident Fouad Siniora

Im Mittelpunkt seiner Gespräche mit Mitgliedern von Regierung und Parlament in Zypern wie auch mit Vertretern der türkischen Volksgruppe im Norden Nikosias stand die Frage, ob eine Wiedervereinigung der Insel in greifbare Nähe gerückt sei. Das kürzliche Treffen des neugewählten Präsidenten Christofias mit dem Vertreter der türkischen Volksgruppe Talat hat Hoffnungen in diese Richtungen genährt.

In Nikosia konnte Dr. Ramsauer einem historischen Akt beiwohnen.

Die feierliche Öffnung des Übergangs zwischen griechischem und türkischem Bezirk in der Altstadt von Nikosia am 3. April an der Ledra-Straße verglichen manche Beobachter sogar überschwänglich mit der Öffnung des Brandenburger Tores. Ramsauer äußerte sich bescheidener: „Mit der Öffnung der Ledra-Straße ist ein weiteres Loch in die Mauer geschlagen worden, die Griechen und Türken auf Zypern immer noch trennt. Ich freue mich, an diesem für beide Volksgruppen symbolträchtigen Ereignis teilhaben zu können. So sehr dieser Tag Hoffnungen weckt, überwiegen Zweifel, ob damit wirklich eine rasche Lösung des Zypernkonfliktes verbunden sein wird. Zu viele Interessen sind hier im Spiel, zu viele Detailfragen kompliziert ineinander verwoben.“ Auf die unnachgiebige Rolle des türkischen Militärs gerichtet, betonte Ramsauer: „Die Türkei als Besatzungsmacht des Nordens hätte jetzt eine glänzende Gelegenheit, guten Willen zu zeigen, indem sie den türkischen Zypern ein wenig mehr den Spielraum zubilligen würde, den sie brauchen und fordern. Die einstige Schutzmacht Türkei ist schon längst zu einer Belastung für die Inseltürken geworden. Sie soll aufhören, die türkische Volksgruppe auf Zypern zur Geisel für eigene national-türkische Interessen zu nehmen.“

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Fan-Meilen auch bei Fußball-Europameisterschaft willkommen

Gute Nachricht für alle Fußball-Fans: Mit einer neuerlichen Ausnahmeregelung hat die Bundesregierung auch für die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft den Weg für öffentliche Fernsehübertragungen etwa auf Fan-Meilen frei gemacht. Damit werden die bei der Fußball-WM in Deutschland beliebten „public viewing“-Veranstaltungen im Freien auch zur Fußball EM 2008 bis in die Nachtstunden nach 22.00 Uhr möglich sein.

Irakischen Christen beistehen

Unter den irakischen Binnenvertriebenen und Flüchtlingen sind überproportional viele Christen. Sie sind von niemandem geschützt und gelten inzwischen in vielen Gegenden des Iraks als vogelfrei. Die zweitausendjährige Geschichte des Christentums droht im biblischen Zweistromland unwiederbringlich zu Ende zu gehen. Wie viele Flüchtlinge stranden auch die Christen des Irak in den Nachbarländern. Im Unterschied zu muslimischen Flüchtlingen gibt es für sie jedoch kaum Aussicht auf Rückkehr. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, diesen Flüchtlingen beizustehen. Durch humanitäre Hilfe im Irak selbst, durch Flüchtlingshilfe in den Nachbarländern und durch die Aufnahme einer begrenzten Zahl von Flüchtlingen in Deutschland.

Diskussion über Jobcenter und Arbeitsmarktinstrumente

Arbeitsminister sollte Vorschläge der Bundesagentur für Arbeit aufgreifen

Die vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen bei der Betreuung der Hartz IV-Empfänger stoßen in den Ländern auf erhebliche Bedenken. Die von Bundesminister Scholz favorisierten „kooperativen Jobcenter“ führen auch nach Ansicht von verantwortlichen Landespolitikern der SPD zu einer faktischen Entmachtung der Kommunen. Statt zentraler und unflexibler Vorgaben eines „Bundessozialamts“, so die Befürchtung des schleswig-holsteinischen Arbeitsministers Uwe Döring (SPD), sollten dezentrale flexible Lösungen gesucht werden.

Eine erfolgreiche Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erfordert möglichst passgenaue Arbeitsmarktinstrumente. Dies gilt zunächst für die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 die Zusammenarbeit der „Argen“ als unzulässige Mischverwaltung untersagt hatte, müssen nun neue Formen der Kooperation gefunden werden. Die Kommunen müssen dabei mit der Arbeitsverwaltung auf gleicher Augenhöhe agieren können. Hierzu brauchen sie ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit.

Das Erfordernis flexibler und passgenauer Lösungen gilt ebenso für die

einzelnen Programme zur Unterstützung der Arbeitsvermittlung selbst. Bei allen Erfolgen der Arbeitsmarktentwicklung, die für sich sprechen:



Noch gibt es zu viele Menschen auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive. Insbesondere sind dies Menschen, die schon länger nach Arbeit suchen. Damit diese wieder im Berufsleben Fuß fassen können, sollte Bundesarbeitsminister Scholz

endlich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Augenschein nehmen und aussortieren. Dies sieht auch der Koalitionsvertrag so vor.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich entschieden für eine stärker dezentrale Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ein. Das Personal vor Ort soll mehr Ermessensspielräume erhalten, um die Hilfen noch schneller und passgenauer einsetzen zu können. Dafür ist ein Katalog mit wenigen, aber leicht handhabbaren Instrumenten von hohem Nutzen, wie ihn die Bundesagentur für Arbeit inzwischen vorgeschlagen hat. Warum Bundesminister Scholz nicht endlich diese Vorschläge aufgreift, ist unverständlich.

Gesundheitspolitik

Startvoraussetzungen für Gesundheitsfonds müssen erfüllt werden

Bevor nicht Klarheit über alle Verteilungs- und Belastungswirkungen des Gesundheitsfonds herrscht, wäre es nach Auffassung der CSU-Landesgruppe politisch nicht zu verantworten, das Kernelement der Gesundheitsreform pünktlich zum 01.01.2009 in Gang zu setzen. Unangemessene Mittelabflüsse zu Lasten der bayerischen Beitragszahler und Ärzte sowie anderen Leistungserbringern müssen wie politisch vereinbart ausgeschlossen werden.

Die gesetzliche Vorgabe lautet, dass aus Bayern aus dem Fonds im ersten Jahr nicht mehr als 100 Millionen Euro abfließen dürfen. Diese Gesetzeslage umzusetzen, ist Aufgabe der Bundesgesundheitsministerin. Die Aufforderung des Bundesgesundheitsministeriums an eine Expertenrunde zur Überarbeitung eines Gutachtens zur Ermittlung der Belastungswirkungen aus dem Gesundheitsfonds nährt den Verdacht der gewollten politischen Manipulation. Die Gutachter hatten in der bisher zurückgehaltenen Erstversion ihres Gutachtens erhebliche Zweifel an der Umsetzbarkeit der Finanzabfluss-Begrenzung geltend gemacht. Wenn sie nunmehr zu „ergänzenden Nacharbeiten“ aufgefordert wurden,

so ist dies Ausdruck einer vom Bundesgesundheitsministerium offenbar verfolgten Beschwichtigungsstrategie. Die Zahlen müssen jedoch ungeschönt auf den Tisch. Und was noch wichtiger ist. Es muss ein praktikable Finanzabfluss-Sperre gefunden werden. Anders ist die politische Zusage, die wirtschaftlich stärkeren Länder vor unangemessenen Beitragsabflüssen zu schützen, nicht einzulösen.

Als weitere Grundvoraussetzung für den Start des Gesundheitsfonds muss schnellstmöglich ein wissenschaftlich fundierter Katalog von künftig im Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen ausgleichsfähigen Krankheiten entwickelt werden. Der Rücktritt des mit der Entwicklung

dieses als „Morbi-RSA“ bezeichneten Umverteilungsmechanismus beauftragten wissenschaftlichen Beirats lässt hieran ebenfalls erhebliche Zweifel aufkommen. Derzeit werden zwischen den Kassen jährlich ca. 15 Milliarden Euro umverteilt, um die unterschiedlichen Versichertenstrukturen zu berücksichtigen. Künftig soll beim Kassenfinanzausgleich neben Alter, Geschlecht und Finanzkraft der Versicherten auch das Auftreten bestimmter Krankheiten berücksichtigt werden. Zu welchen Verteilungswirkungen dies führen wird, ist noch völlig unklar. Klar dagegen dürfte sein, dass sich das Umverteilungsvolumen deutlich erhöhen dürfte. Auch hier darf Bayern nicht zusätzlich als Verlierer dastehen.